Deutscher Bundestag
3. Wahlperiode

Drucksache 1508

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 73100 — 3498/59

Bonn, den 22. Dezember 1959

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Anbei übersende ich den

Entwurf eines Gesetzes über Preise für Getreide inländischer Erzeugung sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft
(Getreidepreisgesetz 1960/61)

nebst Begründung mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Der Bundesrat hat in seiner 213. Sitzung am 18. Dezember 1959 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben. Der Bundesrat ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger
Bad Godesberg, Goethestraße 54, Telefon 3551

Entwurf eines Gesetzes über Preise für Getreide inländischer Erzeugung sowie über besondere Maßnahmen in der Getreide- und Futtermittelwirtschaft (Getreidepreisgesetz 1960/61)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Preise für Brotgetreide

(1) Für Brotgetreide (Roggen, Weizen) inländischer Erzeugung der Ernte 1960 werden für die Monate Juli 1960 bis Juli 1961 die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt:

I. Roggen

	Preisgebiet	R I	R II	R III	R IV
1960	Juli	361,00—381,00	365,00—385,00	367,00—387,00	369,00—389,00
	August	361,00—381,00	365,00—385,00	367,00—387,00	369,00—389,00
	September	365,50—385,50	369,50—389,50	371,50—391,50	373,50—393,50
	Oktober	370,00—390,00	374,00—394,00	376,00—396,00	378,00—398,00
	November	374,50—394,50	378,50—398,50	380,50—400,50	382,50—402,50
	Dezember	379,00—399,00	383,00—403,00	385,00—405,00	387,00—407,00
1961	Januar	383,50—403,50	387,50—407,50	389,50—409,50	391,50—411,50
	Februar	388,00—408,00	392,00—412,00	394,00—414,00	396,00—416,00
	März	392,50—412,50	396,50—416,50	398,50—418,50	400,50—420,50
	April	397,00—417,00	401,00—421,00	403,00—423,00	405,00—425,00
	Mai	401,50—421,50	405,50—425,50	407,50—427,50	409,50—429,50
	Juni	406,00—426,00	410,00—430,00	412,00—432,00	414,00—434,00
	Juli	406,00—426,00	410,00—430,00	412,00—432,00	414,00—434,00

II. Weizen

	Preisgebiet	W I	W II	W III	W IV
1960	Juli	411,00—431,00	415,00—435,00	417,00—437,00	419,00—439,00
	August	411,00—431,00	415,00—435,00	417,00—437,00	419,00—439,00
	September	415,50—434,00	419,50—438,00	421,50—440,00	423,50—442,00
	Oktober	420,00—440,00	424,00—444,00	426,00—446,00	428,00—448,00
	November	424,50—443,00	428,50—447,00	430,50—449,00	432,50—451,00
	Dezember	429,00—446,00	433,00—450,00	435,00—452,00	437,00—454,00
1961	Januar	433,50—450,00	437,50—454,00	439,50—456,00	441,50—458,00
	Februar	438,00—452,00	442,00—456,00	444,00—458,00	446,00—460,00
	März	442,50—455,00	446,50—459,00	448,50—461,00	450,50—463,00
	April	447,00—460,00	451,00—464,00	453,00—466,00	455,00—468,00
	Mai	451,50—465,00	455,50—469,00	457,50—471,00	459,50—473,00
	Juni	456,00—465,00	460,00—469,00	462,00—471,00	464,00—473,00
	Juli	456,00—465,00	460,00—469,00	462,00—471,00	464,00—473,00

(2) Die Mindestpreise des Absatzes 1 dürfen nicht unterschritten, die Höchstpreise nicht überschritten werden. Die Preise sind nach demjenigen Preisgebiet zu errechnen, in dem der Übergabeort oder die Verladestelle liegt. Sie gelten bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle.

(3) Als Weizen im Sinne dieses Gesetzes gilt auch Spelz (Dinkel, Fesen) mit der Maßgabe, daß sich die für Weizen festgesetzten Preise bei gegerb-

tem Spelz um 10 vom Hundert erhöhen, bei ungegerbtem Spelz um 25 vom Hundert ermäßigen.

(4) Für Menggetreide und Mischfrucht dürfen die Mindestpreise nicht unterschritten und die Höchstpreise nicht überschritten werden, die sich unter Zugrundelegung der Preise des Absatzes 1 nach dem Mischungsverhältnis ergeben.

(5) Die Preisgebietseinteilung ergibt sich aus der Anlage. Sie wird von einer Änderung der Länder oder der staatlichen Verwaltungsbezirke nicht berührt. Zur Vermeidung von Ungleichheiten und Härten, die sich bei der Durchführung ergeben, kann der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Bundesminister) im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates die Preisgebiete durch Rechtsverordnung anderweitig festsetzen.

§ 2

Preise für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste

(1) Für Futter- und Industriegetreide sowie für Braugerste inländischer Erzeugung der Ernte 1960 werden für die Monate Juli 1960 bis Juli 1961 die nachstehenden Erzeugerpreise in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack festgesetzt:

Futtergerste	360—400
Industriegerste	375—400
Braugerste	420—450
Futterhafer	310—365
Industriehafer	315—375

(2) Die Mindestpreise des Absatzes 1 dürfen nicht unterschritten, die Höchstpreise nicht überschritten werden. Die Preise gelten bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle.

(3) Im Sinne dieses Gesetzes ist

1. Industriegerste eine Gerste, die ein Eigengewicht von mindestens 65 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist,
2. Braugerste eine Gerste, die insbesondere nach Keimfähigkeit und Eiweißgehalt zur Herstellung von Braumalz geeignet ist,
3. Industriehafer ein Hafer, der ein Eigengewicht von mindestens 51 Kilogramm je Hektoliter hat und für Zwecke der industriellen Verarbeitung geeignet ist.

Gerste und Hafer, die den Anforderungen der Nummern 1, 2 oder 3 nicht entsprechen, gelten als Futtergerste oder Futterhafer.

§ 3

Sicherung der Preise für Getreide

(1) Zur Sicherung der Mindestpreise dieses Gesetzes hat die Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide und Futtermittel (Einfuhr- und Vorratsstelle) in den Monaten Juli 1960 bis Juni 1961 ihr vom Erzeuger angebotenes Getreide, außer Saatgetreide, zum Mindestpreis zu übernehmen, soweit dieser Preis im freien Verkehr nicht erzielt werden kann. Kann dieser Preis in einem Gebiet außerhalb des Erzeugungsgebietes erzielt werden, so kann die Einfuhr- und Vorratsstelle unter Wegfall ihrer Übernahmeverpflichtung einen Beitrag zu den Kosten der Beförderung des Getreides ab Übergabeort oder Verladestelle des Erzeugers und den durch diese Beförderung entstehenden Nebenkosten zahlen, um den Absatz des Getreides zum Mindestpreis zu ermöglichen. Hierzu erläßt der Bundesminister Richtlinien im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft, dem Bundesminister der Finanzen und dem Bundesminister für Verkehr.

(2) Die Einfuhr- und Vorratsstelle hat Getreide, außer Saatgetreide, an Verarbeiter und Verbraucher zu den in diesem Gesetz festgesetzten Höchstpreisen zuzüglich üblicher Handelsspannen abzugeben, wenn eine Versorgung zu diesem Preis im freien Verkehr nicht möglich ist.

(3) Qualitätszuschläge und Qualitätsabschläge sind bei der Übernahme zu Mindestpreisen und bei der Abgabe zu Höchstpreisen zu berücksichtigen.

(4) Im allgemeinen hat die Einfuhr- und Vorratsstelle die Aufgabe, durch Übernahme oder Abgabe von Getreide inländischer Erzeugung, außer Saatgetreide, durch Vorratshaltung oder Abgabe von Auslandsgetreide und durch sonstige geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß die durch dieses Gesetz festgesetzten Preisgrenzen innegehalten werden.

§ 4

Preise für Saatgetreide

(1) Für anerkanntes Saatgut von Getreide darf der Verbraucherpreis in den Monaten Juli 1960 bis Juni 1961 nachstehende Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen (normal)	405	180
Heßdorfer Johannisroggen	405	250
Winterroggen Tetra	405	230
Sommerroggen	405	230
Winterweizen	445	160
Sommerweizen	445	190
Spelz (Dinkel, Fesen)	340	190
Wintergerste, vierzeilig	400	160
Wintergerste, zweizeilig	440	160
Sommergerste	450	160
Weißhafer und Gelbhafer	375	180
Schwarzhafer	375	220

Als anerkanntes Saatgut im Sinne dieses Gesetzes gilt auch mit Erfolg geprüftes Vorstufensaatgut.

(2) Soweit Handelssaatgut oder Behelfssaatgut von Getreide nach dem Saatgutgesetz vom 27. Juni 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 450) in Verbindung mit den dazu ergangenen oder noch ergehenden Verordnungen zugelassen wird, darf der Abgabepreis des Herstellers die nachstehenden Grundpreise und Höchstzuschläge in Deutsche Mark je tausend Kilogramm netto ausschließlich Sack, und zwar bei Übergabe frei Übergabeort, bei Versendung frei Verladestelle, nicht übersteigen:

Getreideart	Grundpreis	Höchstzuschlag
Winterroggen	405	45
Sommerroggen und Heßdorfer Johannisroggen	405	50
Winterweizen	445	45
Sommerweizen	445	50
Wintergerste, vierzeilig	400	55
Wintergerste, zweizeilig	440	55
Sommergerste	450	45
Weißhafer und Gelbhafer	375	50
Schwarzhafer	375	55

(3) Bei Abgabe in Mengen unter 75 Kilogramm dürfen die Zuschläge des Absatzes 1 höchstens um folgende Kleinmengenzuschläge erhöht werden:

bei Abgabe in Mengen bis 24,9 Kilogramm um 3 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 25 bis 49,9 Kilogramm um 1,50 Deutsche Pfennig je Kilogramm,

bei Abgabe in Mengen von 50 bis 74,9 Kilogramm um 0,75 Deutsche Pfennig je Kilogramm.

§ 5

Beschaffenheit des Getreides

(1) Die Preise der §§ 1, 2 und 4 gelten für Getreide von durchschnittlicher Beschaffenheit.

(2) Für Getreide besserer oder geringerer Beschaffenheit können zu diesen Preisen entsprechend der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes des Getreides bis zum Erlaß von Vorschriften nach § 6 Abs. 1 Nr. 2 Zu- oder Abschläge vereinbart werden.

§ 6

Qualitätsklassen, Zu- und Abschläge

(1) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen treffen über

1. Merkmale der durchschnittlichen, besseren und geringeren Beschaffenheit des Getreides sowie über Art und Zeitpunkt der Feststellung dieser Merkmale,
2. Höhe der Zu- und Abschläge für Getreide besserer und geringerer Beschaffenheit sowie darüber, daß derartige Zu- und Abschläge vereinbart werden dürfen oder berechnet werden müssen.

Die Zu- und Abschläge nach Nummer 2 dürfen den Wert nicht übersteigen, welcher der Erhöhung oder Minderung des Nutzungswertes von Getreide durchschnittlicher Beschaffenheit entspricht.

(2) Der Bundesminister kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung die in § 4 Abs. 1 geregelten Höchstzuschläge für anerkanntes Saatgut von Gerste erhöhen, wenn und insoweit diese Höchstzuschläge den gemäß Absatz 1 Nr. 2 für Braugerste festgesetzten Zuschlägen nicht mehr entsprechen.

(3) Für Weizensorten, deren Mahlerzeugnisse besonders gute Backeigenschaften aufweisen, sind Qualitätszuschläge von mindestens 0,50 bis höchstens 1,50 Deutsche Mark oder von mindestens 1,50 bis höchstens 3,00 Deutsche Mark je hundert Kilogramm zu den Preisen des § 1 in den Fällen zu zahlen, in denen der Anbau und die Abnahme dieser Weizensorten durch Anbau- und Lieferverträge zwischen Erzeuger und Käufer gesichert sind. Der Bundesminister trifft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung Bestimmungen darüber, für welche Weizensorten die genannten Qualitätszuschläge gelten. Als Maßstab für die Festsetzung, ob der Zuschlag mindestens 0,50 bis höchstens 1,50 Deutsche Mark oder mindestens 1,50 bis höchstens 3,00 Deutsche Mark beträgt, dient der Nutzungswert der betreffenden Weizensorten in bezug auf die Backfähigkeit der aus ihnen hergestellten Mahlerzeugnisse.

§ 7

Schlußschein, Anbietungspflicht, Auflagen

(1) Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung kann der Bundesminister

1. durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates für jeden Verkauf von Roggen, Weizen oder Gemenge von Roggen und Weizen, von Gerste, Hafer und Futtermenggetreide die Ausstellung eines Schlußscheines durch den Käufer vorschreiben sowie Vorschriften über Form, Inhalt, Auswertung und Verbleib des Schlußscheines erlassen,
2. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates vorschreiben, daß und inwieweit in Verkehr gebrachte Erzeugnisse der in Nummer 1 genannten Art in verarbeitetem oder unverarbeitetem Zustand bestimmten Betrieben oder Stellen zum Kauf anzubieten sind,
3. im Bedarfsfalle durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vor-

schriften für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der in Nummer 1 genannten Erzeugnisse durch gewerbliche Unternehmen erlassen. Der Bundesminister kann einzelnen gewerblichen Betrieben durch Verfügung Auflagen für die Weiterlieferung, Verteilung und Verwendung der genannten Erzeugnisse erteilen, sofern eine übergebietliche Regelung erforderlich ist; andernfalls können die Auflagen durch die oberste Landesbehörde erteilt werden.

(2) § 18 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (Bundesgesetzbl. I S. 900) findet Anwendung.

§ 8

Straf- und Bußgeldvorschrift

(1) Eine Zuwiderhandlung, die nach den Vorschriften des Wirtschaftsstrafgesetzes 1954 geahndet wird, begeht, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. Entgelte fordert, verspricht, vereinbart, annimmt oder gewährt, welche die Mindest- oder Höchstpreise der §§ 1, 2 oder 4 unter Berücksichtigung der zugelassenen oder vorgeschriebenen Zu- oder Abschläge unterschreiten oder überschreiten, oder
2. gegen eine Vorschrift einer auf Grund des § 7 Abs. 1 ergangenen Rechtsverordnung oder gegen eine auf Grund dieser Rechtsverordnung erlassene vollziehbare Verfügung verstößt, sofern die Rechtsverordnung auf diese Straf- und Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Zuwiderhandlungen gegen die auf Grund des § 7 Abs. 2 bestehende Auskunftspflicht werden nach § 21 Abs. 1 Nr. 3 und 4 des Getreidegesetzes in Verbindung mit dem Wirtschaftsstrafgesetz 1954 geahndet.

§ 9

Land Berlin

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1960 in Kraft. Es tritt ebenso wie die auf Grund der §§ 1, 6 und 7 erlassenen Rechtsverordnungen am 31. Juli 1961 außer Kraft.

Anlage
(zu § 1 Abs. 5)

Roggen- und Weizenpreisgebiete für Inlandsgetreide nach Verwaltungsbezirken

LAND BAYERN

Reg.-Bezirk Oberbayern

Stadtkreise		
Bad Reichenhall	R IV	W IV
Freising	R II	W III
Ingolstadt	R II	W III
Landsberg	R IV	W IV
München	R IV	W IV
Rosenheim	R IV	W IV
Traunstein	R IV	W IV
Landkreise		
Aichach	R IV	W III
Altötting	R II	W III
Bad Aibling	R IV	W IV
Bad Tölz	R IV	W IV
Berchtesgaden	R IV	W IV
Dachau	R IV	W IV
Ebersberg	R II	W IV
Erding	R II	W III
Freising	R II	W III
Fürstenfeldbruck	R IV	W IV
Garmisch-Partenkirchen	R IV	W IV
Ingolstadt	R II	W III
Landsberg	R IV	W IV
Laufen	R IV	W IV
Miesbach	R IV	W IV
Mühldorf	R II	W III
München	R IV	W IV
Pfaffenhofen a. d. Ilm	R II	W III
Rosenheim	R IV	W IV
Schongau	R IV	W IV
Schrobenhausen	R II	W III
Starnberg	R IV	W IV
Traunstein	R IV	W IV
Wasserburg am Inn	R II	W III
Weilheim	R IV	W IV
Wolfratshausen	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Niederbayern

Stadtkreise		
Deggendorf	R I	W III
Landshut	R II	W III
Passau	R I	W III
Straubing	R I	W III
Landkreise		
Bogen	R I	W III
Deggendorf	R I	W III
Dingolfing	R II	W III
Eggenfelden	R I	W III
Grafenau	R I	W III
Griesbach	R I	W III
Kelheim	R II	W III
Kötzting	R I	W III
Landau a. d. Isar	R I	W III
Landshut	R II	W III
Mainburg	R II	W III
Mallersdorf	R II	W III
Passau	R I	W III
Pfarrkirchen	R I	W III
Regen	R I	W III
Rottenburg	R II	W III
Straubing	R I	W III
Viechtach	R I	W III
Vilsbiburg	R II	W III
Vilshofen	R I	W III
Wegscheid	R I	W III
Wolfstein	R I	W III

Reg.-Bezirk Oberpfalz

Stadtkreise		
Amberg	R I	W IV
Neumarkt/Opf.	R I	W III
Regensburg	R I	W III
Schwandorf/Bayern	R I	W III
Weiden	R I	W IV
Landkreise		
Amberg	R I	W IV
Beilngries	R I	W III
Burglengenfeld	R I	W III
Cham	R I	W III
Eschenbach/Opf.	R I	W IV
Kemnath	R I	W IV
Nabburg	R I	W IV
Neumarkt/Opf.	R I	W III
Neunburg vorm Wald	R I	W III
Neustadt a. d. Waldnaab	R I	W IV
Oberviechtach	R I	W IV
Parsberg	R I	W III
Regensburg	R I	W III
Riedenburg	R I	W III
Roding	R I	W III
Sulzbach-Rosenberg	R I	W IV
Tirschenreuth	R I	W IV
Vohenstrauß	R I	W IV
Waldmünchen	R I	W III

Reg.-Bezirk Oberfranken

Stadtkreise		
Bamberg	R II	W IV
Bayreuth	R I	W IV
Coburg	R I	W IV
Forchheim	R II	W IV
Hof	R I	W IV
Kulmbach	R I	W IV
Marktredwitz	R I	W IV

Neustadt bei Coburg	R I	W IV
Selb	R I	W IV
Landkreise		
Bamberg	R II	W IV
Bayreuth	R I	W IV
Coburg	R I	W IV
Ebermannstadt	R II	W IV
Forchheim	R II	W IV
Höchstadt a. d. Aisch	R II	W IV
Hof	R I	W IV
Kronach	R I	W IV
Kulmbach	R I	W IV
Lichtenfels	R I	W IV
Münchberg	R I	W IV
Naila	R I	W IV
Pegnitz	R I	W IV
Rehau	R I	W IV
Stadtsteinach	R I	W IV
Staffelstein	R I	W IV
Wunsiedel	R I	W IV

Reg.-Bezirk Mittelfranken

Stadtkreise		
Ansbach	R II	W IV
Eichstätt	R I	W IV
Erlangen	R II	W IV
Fürth	R II	W IV
Nürnberg	R II	W IV
Rothenburg o. d. Tauber	R II	W IV
Schwabach	R I	W IV
Weißenburg/Bayern	R I	W IV
Landkreise		
Ansbach	R II	W IV
Dinkelsbühl	R II	W IV
Eichstätt	R I	W IV
Erlangen	R II	W IV
Feuchtwangen	R II	W IV
Fürth	R II	W IV
Gunzenhausen	R II	W IV
Hersbruck	R II	W IV
Hilpoltstein	R I	W IV
Lauf a. d. Pegnitz	R II	W IV
Neustadt a. d. Aisch	R II	W IV
Nürnberg	R II	W IV
Rothenburg o. d. Tauber	R II	W IV
Scheinfeld	R II	W IV
Schwabach	R I	W IV
Uffenheim	R II	W IV
Weißenburg/Bayern	R I	W IV

Reg.-Bezirk Unterfranken

Stadtkreise		
Aschaffenburg	R II	W IV
Bad Kissingen	R I	W IV
Kitzingen	R II	W IV
Schweinfurt	R II	W IV
Würzburg	R II	W IV
Landkreise		
Alzenau in Unterfranken	R II	W IV
Aschaffenburg	R II	W IV
Bad Kissingen	R I	W IV
Bad Neustadt a. d. Saale	R I	W IV
Brückenau	R I	W IV
Ebern	R I	W IV
Gemünden	R II	W IV
Gerolzhofen	R II	W IV
Hammelburg	R II	W IV
Haßfurt	R II	W IV
Hofheim/Unterfr.	R I	W IV
Karlstadt	R II	W IV
Kitzingen	R II	W IV
Königshofen im Grabfeld	R I	W IV
Lohr	R II	W IV
Marktheidenfeld	R II	W IV
Mellrichstadt	R I	W IV
Miltenberg	R II	W IV
Obernburg	R II	W IV
Ochsenfurth	R II	W IV
Schweinfurt	R II	W IV
Würzburg	R II	W IV

Reg.-Bezirk Schwaben

Stadtkreise		
Augsburg	R IV	W IV
Dillingen a. d. Donau	R IV	W III
Günzburg	R IV	W IV
Kaufbeuren	R IV	W IV
Kempten/Allgäu	R IV	W IV
Memmingen	R IV	W IV
Neuburg a. d. Donau	R IV	W IV
Neu-Ulm	R IV	W IV
Nördlingen	R IV	W IV
Landkreise		
Augsburg	R IV	W IV
Dillingen a. d. Donau	R IV	W III
Donauwörth	R IV	W IV
Friedberg	R IV	W IV
Füssen	R IV	W IV
Günzburg	R IV	W IV
Illertissen	R IV	W IV
Kaufbeuren	R IV	W IV
Kempten/Allgäu	R IV	W IV
Krumbach/Schwaben	R IV	W IV
Lindau	R IV	W IV
Markt Oberdorf	R IV	W IV
Memmingen	R IV	W IV
Mindelheim	R IV	W IV
Neuburg a. d. Donau	R IV	W IV
Neu-Ulm	R IV	W IV
Nördlingen	R IV	W IV
Schwabmünchen	R IV	W IV
Sonthofen	R IV	W III
Wertingen	R IV	W IV

LAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Reg.-Bezirk Nord-Württemberg

Stadtkreise		
Stuttgart	R IV	W IV
Heilbronn	R IV	W IV
Ulm	R IV	W IV

Landkreise		
Aalen	R IV	W IV
Backnang	R IV	W IV
Böblingen	R IV	W IV
Crailsheim	R IV	W IV
Eßlingen	R IV	W IV
Göppingen	R IV	W IV
Heidenheim	R IV	W IV
Heilbronn	R IV	W IV
Künzelsau	R IV	W IV
Leonberg	R IV	W IV
Ludwigsburg	R IV	W IV
Mergentheim	R IV	W IV
Nürtingen	R IV	W IV
Öhringen	R IV	W IV
Schwäbisch Gmünd	R IV	W IV
Schwäbisch Hall	R IV	W IV
Ulm	R IV	W IV
Vaihingen	R IV	W IV
Waiblingen	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Nord-Baden

Stadtkreise		
Karlsruhe	R IV	W IV
Heidelberg	R IV	W IV
Mannheim	R IV	W IV
Pforzheim	R IV	W IV

Landkreise		
Bruchsal	R IV	W IV
Buchen	R IV	W IV
Heidelberg	R IV	W IV
Karlsruhe	R IV	W IV
Mannheim	R IV	W IV
Mosbach	R IV	W IV
Pforzheim	R IV	W IV
Sinsheim	R IV	W IV
Tauberbischofsheim	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Süd-Baden

Stadtkreise		
Baden-Baden	R IV	W IV
Freiburg	R IV	W IV
Konstanz	R IV	W IV

Landkreise		
Bühl	R IV	W IV
Donaueschingen	R IV	W IV
Emmendingen	R IV	W IV
Freiburg	R IV	W IV
Kehl	R IV	W IV
Konstanz	R IV	W IV
Lahr	R IV	W IV
Lörrach	R IV	W IV
Müllheim	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV
Offenburg	R IV	W IV
Rastatt	R IV	W IV
Säckingen	R IV	W IV
Stockach	R IV	W IV
Überlingen	R IV	W IV
Villingen	R IV	W IV
Waldshut	R IV	W IV
Wolfach	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Süd-Württemberg-Hohenzollern

Landkreise		
Balingen	R IV	W IV
Biberach	R IV	W IV
Calw	R IV	W IV
Ehingen	R IV	W IV
Freudenstadt	R IV	W IV
Hechingen	R IV	W IV
Horb	R IV	W IV
Münsingen	R IV	W IV
Ravensburg	R IV	W IV
Reutlingen	R IV	W IV
Rottweil	R IV	W IV
Saulgau	R IV	W IV
Sigmaringen	R IV	W IV
Tettnang	R IV	W IV
Tübingen	R IV	W IV
Tuttlingen	R IV	W IV
Wangen	R IV	W IV

LAND HESSEN

Reg.-Bezirk Darmstadt

Stadtkreise		
Darmstadt	R IV	W IV
Gießen	R II	W II
Offenbach	R IV	W IV

Landkreise		
Alsfeld	R I	W II
Bergstraße	R IV	W IV
Büdingen	R II	W II
Darmstadt	R IV	W IV
Dieburg	R IV	W IV
Erbach	R IV	W IV
Friedberg	R II	W II
Gießen	R II	W II
Groß-Gerau	R IV	W IV
Lauterbach	R I	W II
Offenbach	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Kassel

Stadtkreise		
Fulda	R I	W II
Kassel	R I	W I
Marburg	R I	W II

Landkreise		
Eschwege	R I	W I
Frankenberg	R I	W I
Fritzlar-Homberg	R I	W I
Fulda	R I	W II
Hersfeld	R I	W II
Hofgeismar	R I	W I
Hünfeld	R I	W II
Kassel	R I	W I
Marburg	R I	W II

Melsungen	R I	W I
Rotenburg	R I	W I
Waldeck	R I	W I
Witzenhausen	R I	W I
Wolfhagen	R I	W I
Ziegenhain	R I	W II

Reg.-Bezirk Wiesbaden

Stadtkreise

Frankfurt (Main)	R IV	W IV
Hanau	R IV	W IV
Wiesbaden	R IV	W IV

Landkreise

Biedenkopf	R II	W II
Dillkreis	R II	W III
Gelnhausen	R II	W IV
Hanau	R IV	W IV
Limburg	R II	W II
Main-Taunus-Kreis	R IV	W IV
Oberlahnkreis	R II	W II
Obertaunuskreis	R IV	W IV
Rheingaukreis	R IV	W IV
Schlüchtern	R II	W IV
Untertaunuskreis	R IV	W IV
Usingen	R II	W II
Wetzlar	R II	W II

LAND RHEINLAND-PFALZ

Reg.-Bezirk Koblenz

Stadtkreis

Koblenz	R II	W III

Landkreise

Ahrweiler	R II	W III
Altenkirchen	R IV	W IV
Birkenfeld	R IV	W IV
Cochem	R II	W III
Koblenz	R II	W III
Kreuznach	R IV	W IV
Mayen	R II	W III
Neuwied	R II	W III
St. Goar	R II	W III
Simmern	R II	W III
Zell	R II	W III

Reg.-Bezirk Trier

Stadtkreis

Trier	R IV	W IV

Landkreise

Bernkastel	R II	W III
Bitburg	R II	W III
Daun	R II	W III
Prüm	R II	W III
Saarburg	R IV	W IV
Trier	R IV	W IV
Wittlich	R II	W III

Reg.-Bezirk Montabaur

Landkreise

Oberwesterwaldkreis	R II	W III
St. Goarshausen	R II	W III
Unterlahnkreis	R II	W III
Unterwesterwaldkreis	R II	W III

Reg.-Bezirk Rheinhessen

Stadtkreise

Mainz	R IV	W IV
Worms	R IV	W IV

Landkreise

Alzey	R IV	W IV
Bingen	R IV	W IV
Mainz	R IV	W IV
Worms	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Pfalz

Stadtkreise

Frankenthal	R IV	W IV
Kaiserslautern	R IV	W IV
Landau	R IV	W IV
Ludwigshafen	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV
Pirmasens	R IV	W IV
Speyer	R IV	W IV
Zweibrücken	R IV	W IV

Landkreise

Bergzabern	R IV	W IV
Frankenthal	R IV	W IV
Germersheim	R IV	W IV
Kaiserslautern	R IV	W IV
Kirchheimbolanden	R IV	W IV
Kusel	R IV	W IV
Landau	R IV	W IV
Ludwigshafen	R IV	W IV
Neustadt	R IV	W IV
Pirmasens	R IV	W IV
Rockenhausen	R IV	W IV
Speyer	R IV	W IV
Zweibrücken	R IV	W IV

SAARLAND

Stadtkreis

Saarbrücken	R IV	W IV

Landkreise

Homburg	R IV	W IV
Merzig/Wadern	R IV	W IV
Ottweiler	R IV	W IV
Saarbrücken	R IV	W IV
Saarlouis	R IV	W IV
St. Ingbert	R IV	W IV
St. Wendel	R IV	W IV

LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Reg.-Bezirk Düsseldorf

Stadtkreise

Düsseldorf	R IV	W IV
Duisburg	R IV	W IV
Essen	R IV	W IV
Krefeld	R IV	W IV
Leverkusen	R IV	W IV
Mülheim-Ruhr	R IV	W IV
Mönchen Gladbach	R IV	W IV
Neuß	R IV	W IV
Oberhausen	R IV	W IV
Remscheid	R IV	W IV
Rheydt	R IV	W IV
Solingen	R IV	W IV
Viersen	R IV	W IV
Wuppertal	R IV	W IV

Landkreise

Dinslaken	R IV	W IV
Düsseldorf-Mettmann	R IV	W IV
Geldern	R IV	W IV
Grevenbroich	R IV	W IV
Kempen-Krefeld	R IV	W IV
Kleve	R IV	W IV
Moers	R IV	W IV
Rees	R IV	W IV
Rhein-Wupper-Kreis	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Köln

Stadtkreise

Bonn	R IV	W IV
Köln	R IV	W IV

Landkreise

Bergheim/Erft	R IV	W IV
Bonn	R IV	W IV
Euskirchen	R IV	W IV
Köln	R IV	W IV
Oberbergischer Kreis	R IV	W IV
Rhein.-Bergischer Kreis	R IV	W IV
Siegkreis	R IV	W IV

Reg.-Bezirk Aachen

Stadtkreis

Aachen	R II	W IV

Landkreise

Aachen	R II	W IV
Düren	R II	W IV
Erkelenz	R II	W IV
Geilenkirchen-Heinsberg	R II	W IV
Jülich	R II	W IV
Monschau	R II	W IV
Schleiden	R II	W IV

Reg.-Bezirk Münster

Stadtkreise

Bocholt	R II	W IV
Bottrop	R IV	W IV
Gelsenkirchen	R IV	W IV
Gladbeck	R IV	W IV
Münster	R II	W IV
Recklinghausen	R IV	W IV

Landkreise

Ahaus	R II	W IV
Beckum	R II	W II
Borken	R II	W IV
Coesfeld	R II	W IV
Lüdinghausen	R II	W IV
Münster	R II	W IV
Recklinghausen	R IV	W IV
Steinfurt	R II	W IV
Tecklenburg	R II	W IV
Warendorf	R II	W II

Reg.-Bezirk Detmold

Stadtkreise

Bielefeld	R II	W II
Herford	R II	W II

Landkreise

Bielefeld	R II	W II
Büren	R I	W I
Detmold	R II	W I
Halle	R II	W II
Herford	R II	W II
Höxter	R I	W I
Lemgo	R II	W I
Lübbecke	R II	W II
Minden	R II	W I
Paderborn	R I	W I
Warburg	R I	W I
Wiedenbrück	R I	W I

Reg.-Bezirk Arnsberg

Stadtkreise

Bochum	R IV	W IV
Castrop-Rauxel	R IV	W IV
Dortmund	R IV	W IV
Hagen	R IV	W IV
Hamm	R II	W II
Herne	R IV	W IV
Iserlohn	R II	W II
Lüdenscheid	R II	W II
Lünen	R IV	W IV
Siegen	R IV	W II
Wanne-Eickel	R IV	W IV
Wattenscheid	R IV	W IV
Witten	R IV	W IV

Landkreise

Altena	R II	W II
Arnsberg	R II	W II
Brilon	R I	W I
Ennepe-Ruhr-Kreis	R IV	W IV
Iserlohn	R II	W II
Lippstadt	R I	W I
Meschede	R I	W I
Olpe	R II	W II
Siegen	R IV	W II

Soest	R II	W II
Unna	R II	W II
Wittgenstein	R II	W I

LAND NIEDERSACHSEN

Reg.-Bezirk Hannover

Kreisfreie Städte

Hameln	R II	W I
Hannover	R II	W I

Landkreise

Grafschaft Diepholz	R I	W III
Grafschaft Hoya	R I	W III
Grafschaft Schaumburg	R II	W I
Hameln-Pyrmont	R II	W I
Hannover	R II	W I
Neustadt a. Rbge.	R I	W I
Nienburg/Weser	R I	W III
Schaumburg-Lippe	R II	W I
Springe	R II	W I

Selbständige Städte

Bad Pyrmont	R II	W I
Nienburg/Weser	R I	W III

Reg.-Bezirk Hildesheim

Kreisfreie Städte

Göttingen	R I	W I
Hildesheim	R II	W I

Landkreise

Alfeld	R II	W I
Duderstadt	R I	W I
Einbeck	R II	W I
Göttingen	R I	W I
Hildesheim-Marienburg	R II	W I
Holzminden	R II	W I
Münden	R I	W I
Northeim	R II	W I
Osterode/Harz	R II	W I
Peine	R II	W I
Zellerfeld	R II	W I

Selbständige Städte

Holzminden	R II	W I
Münden	R I	W I
Northeim	R II	W I
Peine	R II	W I

Reg.-Bezirk Lüneburg

Kreisfreie Städte

Celle	R I	W II
Lüneburg	R II	W II
Wolfsburg	R I	W II

Landkreise

Burgdorf	R I	W I
Celle	R I	W II
Fallingbostel	R I	W III
Gifhorn	R I	W II
Harburg	R II	W II
Lüchow-Dannenberg	R I	W II
Lüneburg	R II	W II
Soltau	R I	W II
Uelzen	R I	W II

Selbständige Städte

Lehrte	R I	W I
Uelzen	R I	W II

Reg.-Bezirk Stade

Kreisfreie Stadt

Cuxhaven	R II	W II

Landkreise

Bremervörde	R II	W III
Land Hadeln	R II	W II
Osterholz	R II	W III
Rotenburg/Hann.	R II	W III
Stade	R II	W II
Verden	R II	W III
Wesermünde	R II	W III

Selbständige Städte

Stade	R II	W II
Verden	R II	W III

Reg.-Bezirk Osnabrück

Kreisfreie Stadt

Osnabrück	R II	W II

Landkreise

Aschendorf/Hümmling	R II	W III
Bersenbrück	R II	W III
Grafschaft Bentheim	R II	W III
Lingen	R II	W III
Melle	R II	W II
Meppen	R II	W III
Osnabrück	R II	W II
Wittlage	R II	W II

Selbständige Städte

Lingen	R II	W III
Nordhorn	R II	W III

Reg.-Bezirk Aurich

Kreisfreie Stadt

Emden	R II	W II

Landkreise

Aurich (Ostfriesland)	R II	W II
Leer	R II	W II
Norden	R II	W II
Wittmund	R II	W II

Selbständige Städte

Leer	R II	W II
Norden	R II	W II

Verw.-Bezirk Braunschweig		
Kreisfreie Städte		
Braunschweig	R II	W I
Goslar	R II	W I
Salzgitter	R II	W I
Landkreise		
Blankenburg	R II	W I
Braunschweig	R II	W I
Gandersheim	R II	W I
Goslar	R II	W I
Helmstedt	R I	W I
Wolfenbüttel	R II	W I
Selbständige Städte		
Helmstedt	R I	W I
Wolfenbüttel	R II	W I
Verw.-Bezirk Oldenburg		
Kreisfreie Städte		
Delmenhorst	R II	W III
Oldenburg/O.	R II	W III
Wilhelmshaven	R II	W II
Landkreise		
Ammerland	R II	W II
Cloppenburg	R II	W III
Friesland	R II	W II
Oldenburg/O.	R II	W III
Vechta	R II	W III
Wesermarsch	R II	W II
Selbständige Stadt		
Nordenham	R II	W II
LAND SCHLESWIG-HOLSTEIN		
Stadtkreise		
Flensburg	R II	W II
Kiel	R II	W III
Lübeck	R II	W III
Neumünster	R II	W II
Landkreise		
Eckernförde	R II	W II
Eiderstedt	R II	W II
Eutin	R II	W II
Flensburg	R II	W II
Herzogtum Lauenburg	R II	W II
Husum	R II	W II
Norderdithmarschen	R II	W II
Oldenburg	R II	W II
Pinneberg	R II	W II
Plön	R II	W II
Rendsburg	R II	W II
Schleswig	R II	W II
Segeberg	R II	W II
Steinburg	R II	W II
Stormarn	R II	W II
Süderdithmarschen	R II	W II
Südtondern	R II	W II
LAND HAMBURG	R III	W III
LAND BREMEN		
Stadtkreise		
Bremen	R III	W III
Bremerhaven	R II	W II
LAND BERLIN		
(Westsektor)	R II	W II

Begründung

Der Gesetzentwurf ist auf § 10 Abs. 1 des Getreidegesetzes in der Fassung vom 24. November 1951 (BGBl. I S. 900) gestützt.

Die Bundesregierung ist von der Überlegung ausgegangen, keine grundsätzliche Änderung der Preisverhältnisse vorzuschlagen, bis die zuständigen Organe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ihre Entscheidung getroffen haben. Der Entwurf entspricht somit im wesentlichen den Getreidepreisgesetzen der letzten Jahre.

Zu den trotzdem im einzelnen vorgesehenen Änderungen gegenüber dem Getreidepreisgesetz 1959/60 haben die getreidewirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Bundesrepublik Anlaß gegeben. Seit 1954 mußten auf Grund der bisherigen Vorschriften zwischen 25 und 40 v. H. der Verkäufe der Landwirtschaft an Roggen und Weizen durch staatliche Interventionskäufe vom Markt genommen werden. Etwa 30 bis 45 v. H. dieser Interventionsmengen entfielen allerdings nicht auf echte Jahresüberschüsse, sondern darauf, daß wegen des Preisbruches am 1. Juli die Versorgung der Mühlen bis zum Anschluß an die neue Ernte von der Einfuhr- und Vorratsstelle vorgenommen werden mußte. Die Kosten der gesamten Vorratshaltung für Getreide einschließlich des Abbaues von Überschüssen werden im Rechnungsjahr 1960 (Regierungsentwurf) infolge der Überschüsse aus inländischer Ernte und aus Weizeneinfuhren auf Grund von Handelsverträgen fast das Dreifache des Durchschnittes der Jahre 1954 bis 1957 erreichen.

Der Roggengrundpreis wird um 10 DM je t ermäßigt (§ 1). Die Roggenerzeugung ist zur Zeit wesentlich größer als der Verbrauch; die Roggenverkäufe der Landwirtschaft übersteigen in zunehmendem Maße den Marktbedarf. Der im laufenden Wirtschaftsjahr zu erwartende Überschuß von etwa 400 000 t Roggen kann nur mit Hilfe öffentlicher Mittel wieder abgebaut werden. Zur Einschränkung der Erzeugung und als Anreiz zu einer stärkeren Verwendung für Futterzwecke ist daher eine Preisermäßigung erforderlich. Diese dient zugleich dem Ziel, die Interventionstätigkeit und die Lagerhaltung der öffentlichen Hand zu entlasten und einen ständigen Einsatz öffentlicher Mittel in der bisherigen Höhe zu vermeiden.

Bei den Mindestpreisen für Brotgetreide wird die Höhe der monatlichen Reports um 0,50 DM je t auf 4,50 DM je t ermäßigt; die Zahl der Reports wird von neun auf zehn vermehrt (§ 1). Diese Vermehrung steht im Zusammenhang mit der Verschiebung des Preisbruches auf den 1. August (vgl. nächsten Absatz). Von einer stärkeren Ermäßigung der Reports wurde abgesehen, damit eine ausreichende Anregung zur Aufnahme und zur Lagerung des Getreides erhalten bleibt, und damit die Intervention der öffentlichen Hand sich im wesentlichen auf die echten Jahresüberschüsse beschränken kann. Andererseits soll es jedoch der verarbeitenden Wirtschaft möglich sein, jederzeit die benötigten Mengen Brotgetreide zu angemessenen Bedingungen zu erwerben. Die Reportsumme beträgt wie im Vorjahr 45 DM je t.

Die Erzeugerpreise werden für Getreide der Ernte 1960, und zwar für die Monate Juli 1960 bis (erstmalig) einschließlich Juli 1961 festgesetzt (§§ 1 und 2). Für Brotgetreide gelten im Monat Juli 1961 dieselben Preise wie im Monat Juni 1961, nämlich die durch die gesamte Reportsumme erhöhten Preise. Damit wird der Preisabstieg vom höheren Jahresendpreis zum niedrigen Jahresanfangspreis vom 1. Juli auf den 1. August — also näher zur neuen Ernte — verlegt. Es erübrigen sich somit die bisherige Versorgung der Mühlen für den Monat Juli aus der Bundesreserve mit vorher aufgenommenen Beständen alter Ernte zum niedrigeren, für die neue Ernte geltenden Preis und die spätere Wiederaufnahme entsprechender Mengen durch die Einfuhr- und Vorratsstelle. Der öffentlichen Hand bleiben hierdurch wesentliche Kosten erspart. Die Interventionspflicht zur Sicherung der festgesetzten Mindestpreise endet wie bisher mit dem Monat Juni (§ 3).

Die Qualitätszuschläge für inländischen Qualitätsweizen, für den Anbau- und Lieferverträge abgeschlossen sind, werden als „Von-bis-Zuschläge" festgesetzt (§ 6 Abs. 3). In dem hierdurch bestimmten Rahmen kann die Höhe des Zuschlages frei vereinbart werden. Durch diese Maßnahme sollen die Bereitschaft zum Abschluß von Anbau- und Lieferverträgen und somit der Anbau von Qualitätsweizen gefördert werden.

Eine Ausgleichsregelung mit dem Ziel, möglichst weitgehend einen jahreseinheitlichen Preisstand für Mahlerzeugnisse zu erreichen (§ 8 des Getreidepreisgesetzes 1959/60), wird nicht mehr vorgesehen. Eine entsprechende Ermächtigung wurde erstmalig für das Getreidewirtschaftsjahr 1959/60 vom Bundestag beschlossen. Die bisherigen Erfahrungen mit der daraufhin durchgeführten Ausgleichsregelung haben dazu bewogen, eine solche Ermächtigung nicht wieder in den Entwurf aufzunehmen.